

Zürichsee-Zeitung, 1. Februar 2005

Chronisches Elend nicht vergessen

Interview von Stefan Schneiter (Zürichsee-Zeitung) mit Richard Gerster, Berater für Entwicklungszusammenarbeit, zu Folgewirkungen, Problemen und Chancen nach der Flutkatastrophe in Südostasien

Nach der verheerenden Flutwelle in Südostasien liegt die zentrale Aufgabe der Hilfswerke nach Ansicht von Richard Gerster darin, einen Wiederaufbau sicherzustellen, der sich an den realen Bedürfnissen der Betroffenen orientiert und ihnen langfristige Zukunftsperspektiven eröffnet. Der Entwicklungshilfefachmann weist darauf hin, dass die Unterstützung der Tsunami-Opfer keinesfalls zu Lasten anderer, chronischer Krisenregionen gehen darf.

Wo müssen, gut einen Monat nach der Flutwelle, die Prioritäten beim Wiederaufbau gesetzt werden? Richard Gerster: Es gilt drei Phasen zu unterscheiden: Die akute Nothilfe, die etwa noch ein bis zwei Monate dauert, der Wiederaufbau, der ein bis drei Jahre in Anspruch nimmt, sowie die langfristige Entwicklungszusammenarbeit. Ziel des Wiederaufbaus darf nicht sein, die Flutopfer - etwa die Fischer von Sri Lanka - einfach wieder in ihr «Elend» wie vor der Katastrophe zurückzuführen. Ein nachhaltiger Ansatz muss darüber hinaus gehen, muss unter Einbezug der betroffenen Menschen bessere Zukunftsperspektiven entwickeln. Für die schweizerischen Hilfswerke heisst das, dass sie mit lokalen Partnern, welche die Situation vor Ort genau kennen, eng zusammen arbeiten müssen.

Welches sind die grössten Probleme beim Übergang von der Not- zur nachhaltigen Wiederaufbauhilfe? Es ist darauf zu achten, dass in der Nothilfe nicht ein Versorgungs- und Wohnstandard eingeführt wird, der langfristig nicht aufrecht zu erhalten ist; indem z.B. luxuriöse, nicht sachgerechte Bauten hingestellt werden. Bei früheren Erdbeben wurden beispielsweise einfach neue Häuser nach internationalem Standard gebaut, in denen sich danach die Leute nicht wohl fühlten und auf dem Küchenboden ein Feuer entfachten. Es darf also nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden. Eine weitere Herausforderung ist es, tragfähige Partnerschaften und Strukturen zu installieren. Mit den richtigen Partnerschaften steht und fällt alles. Sehr wichtig ist auch, Raum für Innovation zu lassen, damit nicht einfach die frühere Armut reproduziert wird – es geht um Wiederaufbau plus. Ein Beispiel: Von der Flutwelle waren ja vielerorts sehr touristische Regionen betroffen. Mit dem Aufbau von so genanntem sanftem Tourismus kann vermieden werden, dass künftig - wie beim Massentourismus - ein Grossteil des Geldes via internationale Hotelketten wieder zurück in die Industriestaaten fliesst, ohne dass die Ferienländer etwas davon haben. Die jetzige Katastrophe bringt die Chance mit sich, dass grosse Touristikanbieter wie z.B. Kuoni solche Angebote vermehrt als Nischenprodukte anbieten können und so der lokalen Bevölkerung verstärkt Nebenerwerbsmöglichkeiten eröffnen.

Soll man denn jetzt die überfluteten Gebiete als Tourist schon wieder aufsuchen, um dort wieder Arbeitsplätze zu schaffen? Mitten in die Katastrophenregionen würde ich persönlich nicht hingehen, weil ich mich dort nicht wohlfühlen würde. Doch ich würde

jederzeit nach Sri Lanka gehen, etwa ins Hochland oder ins Innere. Sri Lanka ist nach wie vor ein sehr attraktives Reiseland.

Ist der bilaterale Entwicklungshilfe-Ansatz der richtige, wonach sich jedes Helferland einzelne Dörfer und Regionen «herauspickt», wie dies etwa die Schweiz mit drei ausgewählten Dörfern in Thailand macht? Der Bundesrat setzte mit dem angekündigten Wiederaufbau der drei Dörfer in Thailand ein mediengerechtes Zeichen. Das ist letztlich wohl eine Folge der Tragödie der betroffenen Schweizer Touristen. Hinsichtlich Priorität lassen sich aber grosse Fragezeichen setzen: Thailand als Schwellenland mit seinen beachtlichen volkswirtschaftlichen Ressourcen müsste bei den Wiederaufbaubemühungen nicht im Vordergrund stehen, weder für die DEZA noch für das EDA. Insgesamt aber ist gegen eine regionale Aufteilung unter den Geberländern nichts einzuwenden. Wichtig ist dabei eine internationale Koordination unter UNO-Aufsicht.

Ist es nun sinnvoller, an der Küste massive Steinbauten, die einer nächsten Flutwelle standhalten, aufzubauen oder sollen wieder einfache Holzbauten für die Fischer errichtet werden? Man kann auch mit Holzhäusern neue Standards und Qualität hinsichtlich Stabilität setzen, sodass die Fischer nicht mehr wie bisher in elenden Holzhütten und Wellblechbaracken hausen müssen. Ob die Errichtung von Steinhäusern nötig und finanzierbar ist oder ob man nicht besser dieses Geld für andere Zwecke einsetzt, kann ich nicht beurteilen, da bin ich zuwenig Fachmann. Niemand weiss, ob in den nächsten hundert Jahren wieder mit einem Tsunami zu rechnen ist. Viel menschliches Leid lässt sich mit Warnsystemen verhindern, wie z.B. in südindischen Dörfern, wo Wissenszentren aufgebaut wurden. Zwar wurden diese Dörfer auch total zerstört; doch kamen wesentlich weniger Menschen um, weil sich die Leute dank Informationen rechtzeitig in höhere Gegenden retten konnten.

Wie gross ist die Gefahr, dass in den Kriegsgebieten Nord-Sumatra (Aceh) und Sri Lanka die Aufbauhilfe verpufft oder missbraucht wird? Grundsätzlich ist das Risiko, dass Hilfsgelder in privaten Taschen verschwinden, eher kleiner als in Nichtkonflikt-Gebieten, denn beide Konfliktparteien wollen die Gelegenheit nutzen, sich in der Bevölkerung mehr Rückhalt zu verschaffen und ihre Anliegen zu legitimieren, indem sie für die Bevölkerung sorgen. Natürlich besteht das Risiko einer Instrumentalisierung der Hilfe, indem die Konfliktparteien versuchen, möglichst viel Hilfe über die eigenen Kanäle zu leiten. Auch wurden die Konfliktursachen mit der Flutwelle ja nicht weggeschwemmt; diese bleiben bestehen. Beim Aceh-Konflikt sehe ich eine Chance, dass alte Feindbilder aufgegeben und alte Fronten aufgebrochen werden. Indonesien hat einen neuen, unverbrauchten Präsidenten, der sich ohne Erblast vermittelnd in den Konflikt einschalten kann. In Sri Lanka haben die Tamil Tigers in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine sehr effiziente Hilfsorganisation aufgezogen; da sind sie der srilankesischen Regierung um einiges voraus.

Welches Zeugnis geben Sie der bisherigen schweizerischen Not- und Wiederaufbauhilfe? Die Schweizer Not- und Katastrophenhilfe erfolgte rasch, bedürfnisorientiert und professionell. Da kam die grosse Erfahrung der DEZA bei der humanitären Hilfe zum Zug. Die Wiederaufbauhilfe läuft erst an; da wäre es verfrüht, sich schon zu äussern.

Die Flutkatastrophe hat Spendengelder in bisher nicht gekanntem Ausmass generiert. Sind die Hilfswerke nicht überfordert durch die riesige Spendensumme? Médecins sans frontières (MSF) z.B. hat gebeten, nichts mehr zu spenden, da für die Nothilfe genug Geld zur Verfügung steht. Das Vorgehen von MSF, das auf die akute

Nothilfe spezialisiert ist, finde ich sehr vernünftig und ehrlich. Die Erfahrung zeigt, dass tatsächlich in der akuten Nothilfephase oft zuviel Geld bereitsteht, da sehr viele Leute mobilisiert werden und helfen wollen. Die Glückskette hingegen sammelte von vornherein für Not- und Wiederaufbauhilfe Geld. Die Bedürfnisse für die Wiederaufbauhilfe gehen über die weltweit gesammelte Summe hinaus. Laut der asiatischen Entwicklungsbank sind über 2 Millionen Menschen in den Flutwellegebieten davon bedroht, dauerhaft in Armut zu versinken. Die Frage, wie die enormen Spendengelder verantwortungsvoll eingesetzt werden, stellt für die Hilfswerke sicher eine Herausforderung dar. Von einer Überforderung würde ich aber nicht sprechen. In der Schweiz beträgt das gesamte Spendenvolumen für alle Entwicklungshilfswerke im Jahr rund 300 Millionen Fr. Die für die Flutkatastrophe gesammelten rund 200 Millionen entsprechen auf drei Jahre hinaus rund 70 zusätzlichen Millionen pro Jahr. Das entspricht einer Steigerung von 20-30 Prozent im Gesamtvolumen und sollte zu bewältigen sein.

Die Erwartungen der Öffentlichkeit an die Hilfswerke nach dem «Geldsegen» sind gross. Sehr wichtig ist, dass den Hilfswerken genug Zeit zugestanden wird für einen sorgfältigen Wiederaufbau. Ist drei Monate nach der Flutwelle erst ein kleiner Teil der Glückskette-Gelder eingesetzt worden, so werte ich das nicht als Problem, sondern als Zeichen für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Spendengeldern. Zuviel Druck von der Öffentlichkeit auf ein schnelles Ausgeben der Spendengelder wäre fatal - das steigert bloss das Risiko, dass Spendengelder für übrissene Prestigeobjekte eingesetzt werden. In der Schweiz ist dieser Druck nicht übermächtig, in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern hingegen besteht er schon.

Indien lässt keine ausländische Hilfe zu. Man sei darauf nicht angewiesen und verfüge über genügend eigene Mittel, liess die indische Regierung verlauten. Indien hat sich private Hilfe nicht verboten. Auf staatlicher Ebene aber hat die Regierung klar deklariert, dass sie keine Unterstützung von aussen benötigt. Eine solche selbstbewusste Haltung, sofern sie nicht aufgeblasen ist, ist in Ordnung. Das ist besser, als wenn ein schwacher Staat ein Helferchaos zulässt und niemand die Helfertruppe koordiniert. Bei Indien spielt auch mit, dass sich das Land grosse Katastrophen - Erdbeben, Dürre, Überschwemmungen – leider gewohnt ist. Die Flutwelle war kein ausserordentliches Megaereignis.

Die UNO warnte vor leeren Versprechen der Geberländer. Besteht diese Gefahr tatsächlich, dass Private, Firmen oder Staaten in einer Art Wettlauf sich vor den Augen der Welt übertrumpfen wollen und dann viel weniger als angekündigt spenden? Auf privater Ebene nicht. Im Gegenteil: Bei der Glückskette sind die tatsächlichen Einnahmen meist grösser als die ursprünglichen Spendeverprechen. Firmen können sich ein Nichteinhalten der Spendeverprechen wegen der Kontrolle durch das eigene Personal nicht leisten. Anders sieht es auf staatlicher Ebene aus: Da gibt es unzählige Beispiele einer Ankündigungspolitik, die später überhaupt nicht eingehalten wurde.

Gerade Deutschland, Frankreich und die USA versuchten sich gegenseitig mit Spendenzusagen zu übertrumpfen. Wenn das öffentliche Interesse nachlässt, spielt die Kontrolle gegenüber staatlichen Versprechen nicht mehr. Die UNO warnt mit gutem Grund: Nach dem Erdbeben in Bam im Dezember 2003 hat die internationale Staatengemeinschaft Iran 1 Milliarde Dollar versprochen - laut Financial Times sind bis heute gerade mal 17 Millionen eingegangen!

Wie zuverlässig ist die Schweiz in dieser Hinsicht? Die Frage ist, wie die vom Bund zugesagten 27 Millionen Fr. finanziert werden. Sind das wirklich zusätzliche Gelder für die Nothilfe, wie das der Bunderat versprochen hat, oder wird dieser Betrag einfach bei der normalen Entwicklungshilfe eingespart? Das würde faktisch bedeuten, dass die Last z.B. auf die Bauern in der Sahelzone überwältigt wird. Ich erinnere daran, dass das Parlament im Dezember 2004 im Rahmen der allgemeinen Sparübungen über 200 Mio. gekürzt hat bei der Entwicklungszusammenarbeit - prozentual wesentlich mehr als in andern Bereichen!

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey und DEZA-Chef Walter Fust haben davor gewarnt, dass aufgrund der grossen Betroffenheit wegen der Flutkatastrophe andere Regionen (Afrika, Lateinamerika) vergessen gehen. Teilen Sie diese Sorge? Die Sorge ist sehr berechtigt. Die mediale Berichterstattung über die Flutkatastrophe führte weltweit zu einer ungeheuren Mobilisierung für dieses Einzelereignis. Die chronische Notsituation in Afrika oder andern asiatischen Ländern wird derzeit kaum zur Kenntnis genommen. Ich war soeben in Südafrika: In einer Zeitung fand ich dort die Schlagzeile «Tsunami was tragic, but we all face death every day» («Tsunami war eine Tragödie, aber bei uns ist der Tod allgegenwärtig»). Ich finde, das bringt es genau auf den Punkt: Im südlichen Afrika ist HIV/Aids eine permanente Katastrophe von unvorstellbarem Ausmass. Ein Professor aus Südafrika hat daran erinnert, dass von 2000 bis 2010 in Afrika ebensoviele Menschen an Aids sterben werden, wie weltweit in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts - inklusive den beiden Weltkriegen - umgekommen sind. Und das betrifft nur die Aidskrankheit, welche noch längst nicht alle Bereiche der Entwicklungsproblematik umfasst. Die Unterstützung für die Tsunami-Opfer darf nicht auf Kosten der Zusammenarbeit mit andern Ländern gehen.

Wie ist das zu verhindern? Im Gefolge der Flutkatastrophe darf es nicht primär darum gehen, den Spendenfluss zu maximieren, sondern auf breiter Ebene Verständnis zu wecken für die Anliegen schwächerer Länder und Bevölkerungsgruppen und diesen Anliegen Nachdruck zu verschaffen. In der Wirtschaftspolitik gilt es etwa, die Rechtshilfe bei unrechtmässig in der Schweiz eingelagerten Potentatenvermögen zu verstärken sowie eine Handelspolitik zu vertreten, welche die Schaffung von Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern fördert.